

Im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung

Rechtsextreme Mobilisierungsstrategie – internationale Projekte – Monitoring



Michael Bücker; Dmitry Foryy

SOZIALE SPALTUNG IN DER ENERGIEKRISE

Lieferketten sind gerissen, die Inflation ist in die Höhe geschossen, die Unsicherheiten weltweit gestiegen: Diese Entwicklungen sind nicht nur beunruhigend, sondern auch Wasser auf die Mühlen extremistischer Akteure. Schon jetzt diskutiert Rechtsaußen intensiv, wie aus der drohenden sozialen Spaltung in der Bundesrepublik Kapital geschlagen werden kann. Mit der bevorstehenden Energiekrise ist absehbar, dass neue Protestwellen entstehen werden, die vor allem von Rechtsaußen orchestriert werden. Die "Neue Rechte" diskutiert schon jetzt, wie sie in Zukunft die Themen Inflation, Energiekrise und den russischen Angriffskrieg besetzen können. Das ist sozialer Sprengstoff. Die Strategie ist immer dieselbe: Frustration und Unzufriedenheit zu politisieren und zu mobilisieren. Rechtsaußen inszeniert sich dann als vermeintlich "einzig wahre Opposition". Damit schaffen sie es in Teilen der Gesellschaft im vorpolitischen und um parlamentarisches Umfeld zu einer Deutungshoheit. Daraus kann sich dann eine Gemengelage ergeben, die in verschiedene Richtungen ideologisch ausgebeutet werden kann. Dann mit Ankerpunkten in der Mitte der Gesellschaft, wie der Extremismusforscher Matthias Quent in seiner neuen Publikation "Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende"¹ warnt, die im September erscheint. Quent rechnet mit einem großen "rechten Backlash" im Herbst.

Die Narrativen der Rechtsextremen "Deutschland arbeite mit der Klimapolitik gezielt an einer Deindustrialisierung und an der Etablierung des Sozialismus" sind dabei alles andere als neu. Die klare Feindmarkierung, die über den Liberalismus hinaus reicht, wenn es um Klimapolitik oder um weltanschauliche Fragen, kosmopolitische Fragen der Migration usw. geht, sind schon aus Studien Mitte der 90'er Jahre bekannt.² Es gehört zur DNA extremistischer Kommunikationsstrategien, apokalyptische Umwälzungen der gesellschaftlichen Ordnung zu imaginieren, an Unsicherheit und Krisenempfinden anzuknüpfen und daraus sinn- und identitätsstiftende Erzählungen zu konstruieren. "Demokratiefeinde warten nur darauf, Krisen zu missbrauchen, um Untergangsfantasien, Angst und Verunsicherung zu verbreiten"³, betonte Innenministerin Nancy Faeser erst vor Kurzem. Neben ihr warnen auch Extremismusforschende, wie Johannes Kies und Pia Lamberty davor, dass Telegram und Co. diese Entwicklung durch eine Selbstisolation im Protestmilieu, die Radikalisierungstendenzen verstärkt. Inwiefern Akteure aus dem extremistischen Islamismus die Entwicklungen für eine strategische Kommunikation nutzen, wird sich in Zukunft abzeichnen.

³ Faeser, Nancy (2022), in: Baumgärtner, Maik et. Al: Angst vor dem Aufstand, in: Der Spiegel Nr. 30/22, S. 15.

Ein Projekt von Gefördert durch Wilssenschaftlich begleitet durch TPX ist ein Institut der









¹ https://www.idz-jena.de/ueber-das-institut/mitarbeitende/matthias-quent

² Vgl. Brandstetter, Marc: Die sächsische NPD: Politische Struktur und gesellschaftliche Verwurzelung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 38, Heft 2 (2007), S.361-364.

Transfer Extremismusforschung

amal - "Auswirkungen rassistischer Gewalt auf Menschen mit Migrationsgeschichte, Black People und People of Color" (BPoC)" (Laufzeit 2020 – 2023)

- ➤ Die Studie mit quantitativen Befragungen von Multiplikator:innen (Online-Fragebogen), Literaturrecherchen und Dokumentenanalysen geht den Fragen nach, welche Formen rechtsextreme und rassistisch motivierte Gewalt auf das Alltagsleben von B[I]PoC haben und, in welchem Kontext diese erlebt wurden
- Häufig sind Täter im Fokus der Untersuchungen, Perspektive der Betroffenen wird vernachlässigt, auf dieses Forschungsdesiderat reagiert "amal"
- Fokus wird auf mittel- und langfristige Folgen politisch und rassistisch motivierte Gewalt auf die Betroffenen und deren sozialem Umfeld gelegt, welche Handlungsstrategien im Umgang damit entwickelt werden und wie diese Erfahrungen, Auswirkungen und Bedarfe in Beratungs- und Bildungskontexten berücksichtigt werden
 - Prof.in Dr.in Birgit Jagusch/ Prof.in Dr.in Schahrzad Farrokhzad, TH Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

KURI - "Konfiguration von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam" (Laufzeit 2020 – 2024)

- Langzeitstudie analysiert Frage, unter welchen Faktoren unter welchen Bedingungen die politische und gesellschaftliche Ausgestaltung des Umgangs mit dem "radikalen Islam" in den letzten 20 Jahren ausschlaggebend waren
- Welche Rolle spielen rechtspopulistische Dynamiken dabei
- Es werden Muster eingeordnet, wie Politik und Gesellschaft beispielsweise auf extremistische Anschläge reagiert haben
- Erste Zwischenergebnisse:
 - o bei der Gesetzgebung geht man verstärkt in die Vorfeldstrafbarkeit
 - Kompetenzen von Sicherheitsbehörden werden stetig ausgeweitet, insbesondere bei der Sammlung und Analyse von Daten, wie beispielsweise der kürzlich beschlossenen Quellen-Telekommunikationsüberwachung
 - Zivilgesellschaftliches Engagement und die Projektförderung zur Extremismusprävention haben erheblich zugenommen
- Partner des Forschungsprojektes sind u.a. BPB, BKA, HSFK, VPN und Ufuq e.V.
 - Dr. Julian Jungs/ PD Dr. Martin Kahl, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Internationale Projekte

<u>Mediawijs</u> ist ein flämische Wissenszentrum für digitale und Medienkompetenz. Um Schulen in ihrem Umgang mit Medien zu unterstützen, bietet Mediawijs Projektangebote für Grund- und Oberschulen in Belgien an. Das Zentrum entwickelt seine eigenen Kampagnen und Projekte, wie <u>De Schaal van M, Nieuws in den Klas</u> und <u>MediaNest</u>:

- vermittelt Schüler:innen praxisnah den kompetenten Umgang mit verschiedenen digitalen Medien und Themen,
- bieten neben Fortbildungen auch viele kostenfreie Materialien für Schulen an.
- unterstützen auch Partnerprojekte wie den <u>Safer Internet Day</u> und die <u>European Media</u> Literacy Week.
- ist an mehreren Projekten in Flandern, Belgien und Europa beteiligt und ein wichtiger Partner verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen
- bietet eine Ausbildung zum Mediacoach für Lehrkräfte an.

<u>TextGain</u> entwickelt und implementiert KI-Tools und bietet individuelle Beratung für Unternehmen und Organisationen an

- bietet KI-Lösungen in den folgenden Bereichen an:
 - o Bekämpfung von Hassreden und Online-Radikalisierung
 - o Fake News
- ➢ einer der wichtigsten Partner bei Projekten, wie "European Observatory of Online Hate: Multi-platform Hate Speech Monitoring in 24 Languages" und "EDMO: countering fake news and disinformation in Dutch, in Belgium". Das Unternehmen entdeckt und beobachtet Desinformationskampagnen in den Regionen Europas, indem es Tools für die automatische Netzwerkanalyse und NLP-Technologie (Natural Language Programming) einsetzt.

<u>DebunkEU</u> ist ein Zentrum für Desinformationsanalysen und eine unabhängige Denkfabrik, die vom Digital News Innovation Fund von Google unterstützt wurde. DebunkEU.org bietet Desinformationsanalysen in den baltischen Ländern, Polen, Georgien und Montenegro sowie in den Vereinigten Staaten und Nordmazedonien zusammen mit ihren Partnern an. Die Desinformationsanalyse des Think Tanks umfasst Themen wie hybride Kriegsführung, Migration und die Covid-19-Pandemie.

- Social Media Monitoring (Twitter, Facebook, Telegram)
- > Medienkompetenzkampagnen
- Im Jahr 2020 startete die Organisation in Zusammenarbeit mit dem niederländischen Unternehmen DROG und der Nachrichtenredaktion Delfi das Spiel <u>BadNews</u>. Ziel der Initiative ist es, die Fähigkeit zu verbessern, manipulierte Informationen im Internet durch ein spielerisches Medienkompetenzprogramm zu erkennen.
- ➤ bietet einen Kurs zur zivilen Resilienz (<u>Civic Resilience Course</u>) an, der sich an Universitätsstudenten richtet. Ziel ist es, die junge Generation zu lehren falsche Informationen im Internet zu erkennen.

sicherheitsbehördliche Erkenntnisse

Der NRW-Verfassungsschutz hat ein aktuelles Lagebild vorgestellt

Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine wird mit einer Zunahme und Professionalisierung gezielter Desinformationen seitens Russlands in den sozialen Netzwerken gewarnt⁴

⁴ Vgl. Kayser, Jürgen: Vortrag zum Lagebild zum extremistischen Salafismus und Rechtsextremismus in NRW, Düsseldorf 2022.

- > Russland hat großes Interesse an Destabilisierung europäischer Demokratien
 - Im dschihadistischen Phänomenbereich werden kaum noch Ausreisen Richtung Irak und Syrien festgestellt. 2021 wurden noch 10 Ausreisen bzw. Ausreiseversuche von den Sicherheitsbehörden registriert⁵
 - Mehr als 1/3 der ausgereisten Personen sind inzwischen wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Bund und Länder haben dafür <u>Rückkehrkoordinationen</u> (RKK) ins Leben gerufen (Monitoring – Unterstützung Hilfesuchender – Vernetzung)
 - o Mobilisierung via Internet ist nach wie vor vordergründig, insbesondere via Telegram
 - Laut VS wird Gruppe der sich radikalisierenden immer j\u00fcnger
- Bund- und Länder haben ihre Verfassungsschutzberichte veröffentlicht
 - Im Kontext der Ausreise in die Ukraine gehen die Sicherheitsbehörden bereits von 31
 Ausreisen ins Konfliktgebiet aus⁶
 - Bei fünf weiteren konnte die Ausreise verhindert werden⁷
 - Ausreise wird auch als Gefahr für die Sicherheitslage in der Bundesrepublik gewertet, da Extremisten sich so an der Waffe ausbilden lassen können und einen Zugang zu Kriegswaffen herstellen
 - Dschihadistische Szene ist fragmentierter, heterogener und weniger sichtbar
 - Vereinsverbote wurde nach Art. 9 Abs. 2 GG; niederrangig § 3 VereinsG; u.a. bei "Ansaar International e.V." und mehreren Hizb-Allah-Spendensammelvereinen durchgesetzt
 - o Bisher wurden seitens des BMI insgesamt 58 Verbote gegen Vereine ausgesprochen
 - Anzahl Vereinsverbote nach Phänomenbereichen (Bund)
 - Rechtsextremismus: 20; Islamismus: 15; Linksextremismus: 1
 - §§ <u>86</u> und <u>86a</u> StGb [Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen] wurden um das Zeigen von Flaggen und Symbolen von terroristischer Organisationen, wie der HAMAS und der Izz-al-Din-al-Qassam-Brigarde, erweitert

⁵ Vgl. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2021, S. 185

⁶ Interview mit dem NRW-Verfassungsschutz.

⁷ Vgl. ebd.

Abbildung 1: Personenpotential "Islamismus"8

Organisationen	2019	2020	2021
Salafistische Bestrebungen	12.150	12.150	11.900
"Islamischer Staat" (IS)			
Kern-"al-Qaida"			
"Al-Qaida im islamischen Maghreb" (AQM)			
"Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin" (JNIM)			
"Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel" (AQAH)			
"Al-Shabab"			
"Hai'at Tahrir al-Sham" (HTS)	keine	keine	keine
"Tanzim Hurras al-Din" (THD)	gesicherten	gesicherten	gesicherter
"Taleban"	Zahlen	Zahlen	Zahlei
"Hezb-e Islami-ye Afghanistan" (HIA)	100	160	16
"Hizb Allah"	1.050	1.250	1.25
"Harakat al-Muqawama al-Islamiya" (HAMAS)	380	450	45
"Türkische Hizbullah" (TH)	400	400	40
"Hizb ut-Tahrir" (HuT)	430	600	70
"Muslimbruderschaft" (MB)/"Deutsche Muslimi-			
sche Gemeinschaft e.V." (DMG)	1.350	1.450	1.45
"Tablighi Jama'at" (TJ)	650	650	55
"Islamisches Zentrum Hamburg e.V." (IZH)	keine	keine	kein
	gesicherten	gesicherten	gesicherte
	Zahlen	Zahlen	Zahlei
"Millî Görüş"-Bewegung und zugeordnete			
Vereinigungen	10.000	10.000	10.00
"Furkan Gemeinschaft"	350	400	40
"Kalifatsstaat" ²	-	-	70
Sonstige ³	1.160	1.205	33

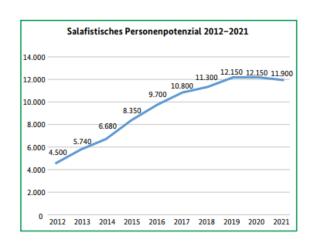


Abbildung 2: politisch motivierte Straftaten⁹

Gewalttaten:	2020	2021
Vollendete Tötungsdelikte	1	1
Versuchte Tötungsdelikte	2	2
Körperverletzungen	842	783
Brandstiftungen	25	11
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	1
Landfriedensbruch	18	7
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-,		
Schiffs- und Straßenverkehr	12	10
Freiheitsberaubung	1	1
Raub	7	3
Erpressung	12	7
Widerstandsdelikte	101	119
gesamt	1.023	945
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	880	923
Nötigung/Bedrohung	478	425
Propagandadelikte	13.425	11.866
Störung der Totenruhe	6	8
Andere Straftaten, insbesondere Volks-		
verhetzung und Beleidigung	6.545	6.034
gesamt	21.334	19.256
Straftaten insgesamt	22.357	20.201

Extremistische Straftaten aus dem Bereich "religiöse Ideologie" ⁸		
Gewalttaten:	2020	2021
Vollendete Tötungsdelikte	2	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	2
Körperverletzungen	24	39
Andere Gewalttaten	5	8
gesamt	33	49
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigung	35	13
Nötigung/Bedrohung	59	42
Volksverhetzung	23	37
Vorbereitung einer staatsgefährdenden Gewalttat	56	49
Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer		
ausländischen terroristischen Vereinigung	34	43
Andere Straftaten	169	176
gesamt	376	360
Straftaten insgesamt	409	409

Linksextremistisch motivierte Straftaten ⁵		
Gewalttaten:	2020	2021
Vollendete Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	5	1
Körperverletzungen	423	362
Brandstiftungen	173	159
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	7
Landfriedensbruch	321	147
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	84	47
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	15	17
Erpressung	1	4
Widerstandsdelikte	213	243
gesamt	1.237	987
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	3.734	3.419
Nötigung/Bedrohung	143	145
Propagandadelikte	94	91
Störung der Totenruhe	5	2
Andere Straftaten, insbesondere Volks-		
verhetzung und Beleidigung	1.419	1.498
gesamt	5.395	5.155
Straftaten insgesamt	6.632	6.142

Social Media Monitoring

Hauptthema in den sozialen Medien ist die Haltung der User:innen gegenüber der LGBTQIA+ Community. Bei dieser Frage gibt keine eindeutige Position in den muslimischen Communities. Ein interessantes Merkmal ist, dass Themen wie der Krieg in der Ukraine oder Flüchtlinge mittlerweile viel seltener auftauchen.

⁸ Quelle und Darstellung: Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2021, S. 181, 189.

⁹ Quelle und Darstellung: Ebd. S. 27-42.







Die meisten Mitglieder: innen in geschlossenen islamischen Facebook-Gruppen vertreten die Position, dass der Islam das traditionelle Familienbild (Ehe zwischen Mann und Frau) schütze. Sie lehnen Menschen mit anderer sexueller Orientierung ab. In privaten Gesprächen und in Kommentaren äußerten sowohl Männer als auch Frauen die Ansicht, dass sie nicht verstehen könnten, warum in letzter Zeit so viel in den Medien über die LGBTQIA+ Community gesprochen werde. Die vorherrschende Narrative ist, dass vermeintlich "echte Muslime" die LGBTQIA+- Gemeinschaft niemals akzeptieren würden, da sie gegen die "Gesetze Allahs" verstoßen.



Das zweite wichtige Diskussionsthema ist die Rolle der Frau in einer muslimischen Ehe. Viele männliche User sind der Meinung, dass die Frauen "in den westlichen Ländern" in letzter Zeit unabhängiger und selbständiger (emanzipierter) geworden sind. Sie sind auch der Meinung, dass Frauen zu ihrer traditionellen Lebensweise zurückkehren sollten, was bedeutet nicht zu arbeiten, Kinder zu betreuen, weniger soziale Kontakte zu haben und die meiste Zeit zu Hause zu verbringen. Bemerkenswerterweise begründen sie dies damit, dass "wir in einer Demokratie leben", d. h., dass die Frauen "tun, was sie wollen, anstatt ihren Ehemännern zu gehorchen" ("wie Allahs Gesetze es vorschreiben").



der Demokratie kannst auch mit einem BH und einem Minirock rumlaufen und keinen störts, soviel zum Thema Emanzipation! Was ich dir damit sagen will dass die Emanzipation überhaupt nicht dem Islam kompatibel ist, ganz im Gegenteil die Emanzipation ist das verderben der Islamischen Frau,sieh dir doch die Scheidungsraten in Islamischen Ehen an, das haben wir der Emanzipation zu verdanken!

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass ein solcher Trend in den sozialen Medien auch weiterhin populär sein wird und aktiv diskutiert werden wird. Die Aktivitäten bestimmter Gruppen und Einzelpersonen, die der LGBTQIA+ Gemeinschaft feindlich gegenüberstehen, sind besorgniserregend.



Impressum

Herausgeber und Kontakt

Thomasius Research Institute on Political Extremism

Hansaallee 247a 40549 Düsseldorf

Tel: +49 211 5202730 https://tpx-institut.de/ info@thomasius-stiftung.de

Amtsgericht Düsseldorf RegisterNr.: HRB 85782

Das Thomasius Research Institute ist ein Institut der Thomasius-Stiftung. Die Thomasius-Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft gGmbH ist eine gemeinnützige Körperschaft. Die Veröffentlichung erfolgt im Kontext der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung des bundesweiten Präventionsprojektes Center for Education on Online Prevention in Social Networks (CEOPS). Die Inhalte der Publikation werden allein von den Autor:innen erstellt und verantwortet. CEOPS wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert.



Autoren:

Michael Bücker, M.A. (Buecker@thomasius-stiftung,de) Dmitry Foryy, Dr. (Foryy@thomasius-stiftung.de)

